

Kai Eicker-Wolf, Achim Truger (Hg.)



## Ungleichheit in Deutschland – ein „gehyptes Problem“?

Über die Verteilungsrealität und  
Möglichkeiten ihrer Gestaltung

Kai Eicker-Wolf, Achim Truger

Ungleichheit in Deutschland – ein „gehyptes Problem“?



Kai Eicker-Wolf, Achim Truger (Hg.)

# **Ungleichheit in Deutschland – ein „gehyptes Problem“?**

Über die Verteilungsrealität  
und Möglichkeiten ihrer Gestaltung

Metropolis-Verlag  
Marburg 2017

### **Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek**

Die deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH

<http://www.metropolis-verlag.de>

Copyright: Metropolis-Verlag, Marburg 2017

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 9783731612742 (Printausgabe)

ISBN 9783731662747 (E-Book)

# Inhalt

*Kai Eicker-Wolf, Achim Truger*

Einleitung ..... 7

*Julian Bank*

Zur Relativierung der Ungleichheit in Deutschland:

Foren, Akteure, Mechanismen ..... 13

*Patrick Schreiner*

Löhne und Verteilung ..... 47

*Irene Becker*

Zur Entwicklung der personellen Einkommens-

und Vermögensverteilung in Deutschland ..... 79

*Gerhard Bosch, Thorsten Kalina*

Die deutsche Mittelschicht aus der Arbeitsmarktperspektive ..... 111

*Dorothee Spannagel*

Zur Entwicklung der sozialen Mobilität seit Anfang der

1990er Jahre ..... 143

*Kai Eicker-Wolf und Achim Truger*

Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland:

Der Beitrag der Finanz- und Steuerpolitik ..... 171

*Diether Döring*

Abstieg aus der 1. Liga. Stand und Perspektiven der

Alterssicherung in Deutschland ..... 209

Zu den Autorinnen und Autoren ..... 233



# Einleitung

*Kai Eicker-Wolf, Achim Truger*

## *I. Einleitung*

Die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen und damit die Verteilungsfrage steht schon seit einigen Jahren wieder im Mittelpunkt der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Debatten. Spätestens durch das von Thomas Piketty im Jahr 2013 im Original publizierte Buch *Das Kapital im 21. Jahrhundert* (Piketty 2014) bekam die Debatte – zumindest international – eine neue Dimension. Mittlerweile sehen selbst internationale Organisationen wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (vgl. OECD 2015) und der Internationale Währungsfonds (vgl. Dabla-Norris et al. 2015) die zunehmende Ungleichheit in vielen Industrieländern kritisch und plädieren etwa für höhere Steuern auf große Vermögen und Unternehmensgewinne – wovon auch in Deutschland breit berichtet wird.<sup>1</sup>

Die internationale Sicht auf die Frage der Verteilung von Einkommen und Vermögen steht jedoch in scharfem Kontrast zur Einschätzung einflussreicher VertreterInnen der ökonomischen Zunft in Deutschland. Im Rahmen der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik – der wichtigsten und einflussreichsten Vereinigung von Hochschullehrerinnen und -lehrern im Bereich der Wirtschaftswissenschaften in Deutschland – diskutierten im September 2015 „führende Ökonomen“<sup>2</sup> über das Thema Ein-

<sup>1</sup> Vgl. z.B. Gammerlin/Hagelüken (2015).

<sup>2</sup> So Plickert (2015) in seiner Berichterstattung im FAZ-Wirtschaftsblog. Das voranstehende und die folgenden Zitate sind allesamt diesem Beitrag entnommen.

kommensungleichheit. Zu diesen führenden Ökonomen wird zum Beispiel Christoph M. Schmidt gezählt, der Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) und seit 2013 Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR). Ein großes Problem, so Schmidt, sei die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen nicht, vielmehr sei die Ungleichheitsdebatte ein „gehyptes“ Thema. Auch die Gefahr, dass durch Vermögensungleichheit politische Macht ausgeübt werde, könne er nicht ausmachen.

Schmidts Sachverständigenrats-Kollege Lars P. Feld äußerte im Rahmen der Diskussion die Ansicht, dass der deutsche Wohlfahrtsstaat recht gut funktioniere. Besonderes Lob fand Feld für die Agenda-Politik des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder, da sie mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze geschaffen habe – Feld wörtlich: „Der Spruch ‚Sozial ist, was Arbeit schafft‘ wurde hier wirklich bestätigt.“ Insgesamt, so das Fazit der hier zitierten FAZ-Berichterstattung über die Diskussionsrunde, an der unter anderem auch noch Clemens Fuest, Hans-Werner Sinn und Dennis Snower teilnahmen, sehen „Deutschlands führende Ökonomen [...] die Einkommensungleichheit hierzulande gelassen.“ Auch in jüngerer Zeit hob der SVR hervor, dass er kein großes Problem bei der Einkommensungleichheit in Deutschland erkennen könne und betonte aus seiner Sicht „Stabile Verteilungsergebnisse“ (SVR 2015: 231) sowie die „Starke Umverteilung der Einkommen“ (SVR 2016: 401) in Deutschland. Von interessierter Seite wird das Problem ohnehin immer wieder verharmlost (so etwa von Beznoska et al. 2016).

Vor dem Hintergrund dieser unterschiedlichen Auffassungen wollen wir in diesem Buch eine möglichst nüchterne Bestandsaufnahme vornehmen, wie sich die Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland in der Vergangenheit entwickelt hat, um auf dieser Basis zu klären ob ein wirtschafts- und sozialpolitischer Handlungsbedarf besteht, an den aktuellen Verhältnissen etwas zu ändern. Zu klären ist dabei im Kern die Frage, wie sich die Verteilungssituation in Deutschland darstellt, und ob die empirischen Fakten tatsächlich Anhaltspunkte für die These liefern, dass die Ungleichheitsdebatte ein „gehyptes Thema“ ist.

Im Auftaktbeitrag befasst sich *Julian Bank* mit der in Deutschland prominenten Relativierung des Ungleichheitsproblems, und der oft zu vernehmenden Zurückweisung von Vorschlägen für umverteilende Poli-

tikmaßnahmen. Er zeigt dabei exemplarisch anhand wichtiger Akteure und Foren der Debatte, inwieweit das Thema Ungleichheit trotz klarer empirischer Befunde „klein geredet“ und ihm die politische Relevanz abgesprochen wird. Hiervon ausgehend zeigt Bank verschiedene Mechanismen und Argumentationsmuster der öffentlichen Auseinandersetzung auf, die dieser Stoßrichtung der Debatte typischerweise zugrunde liegen. Auf dieser Grundlage diskutiert Bank Perspektiven und Chancen, aber auch strukturelle Hindernisse, um der verzerrten Diskussion zum Thema Ungleichheit in Deutschland beizukommen.

Der zweite Aufsatz von *Patrick Schreiner* hat die in Deutschland zu beobachtende zunehmende Ungleichheit der funktionalen Einkommensverteilung sowie der Löhne und Gehälter zum Thema. Dabei steht insbesondere der Zusammenhang zwischen Durchsetzungsmacht abhängig Beschäftigter und dem Ausmaß von Ungleichheit im Mittelpunkt. Der Artikel befasst sich auch mit der Frage, ob der Trend zur wachsenden Ungleichheit vor einigen Jahren zu Ende gegangen ist oder sich sogar umgekehrt hat. Ferner werden Überlegungen zu den verteilungspolitischen Wirkungen des zum 1. Januar 2015 eingeführten allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns angestellt.

Hieran schließt sich mit dem Text von *Irene Becker* eine ausführliche Untersuchung der Entwicklung der personellen Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland an. Dabei stehen weniger kurzfristige Schwankungen der Verteilungsindikatoren im Mittelpunkt, sondern mittelfristige Trends: Die Verteilung des materiellen Wohlstands wird vor dem Hintergrund zentraler Einflussfaktoren und ihrer – kumulativen oder kompensatorischen – Wirkungsrichtungen über einen möglichst langen Zeitraum beobachtet und im Zusammenhang gesellschaftspolitischer Nachhaltigkeitsziele interpretiert.

Auf den Beitrag von Irene Becker folgen *Gerhard Bosch* und *Thorsten Kalina*, die die Mittelschicht aus der Arbeitsmarktperspektive behandeln. Dabei wird zunächst die Entwicklung der Mittelschicht vor und nach staatlicher Umverteilung untersucht, um daran anschließend die Erwerbsmuster der Haushalte in den unterschiedlichen Einkommensschichten sowie ihre Veränderungen zu analysieren. Auf Basis ihrer Analyse nennen Bosch und Kalina verschiedene politische Handlungsmöglichkeiten, um die Mittelschichten in Deutschland zu stärken.

Mit der Entwicklung der sozialen Mobilität in Deutschland seit Anfang der 1990er Jahre hat der Aufsatz von *Dorothee Spannagel* eine zen-

trale gesellschaftliche Dimension zum Thema. Nach einer Einführung in das Konzept der Einkommensmobilität und dessen methodische Grundlagen erfolgt eine ausführliche Darstellung der Durchlässigkeit der Einkommensverteilung. Ermittelt wird von Spannagel dabei auch, welchem Personenkreis ein Aufstieg gelingt bzw. wer von einem Abstieg betroffen ist. Nach einer Bewertung werden von der Autorin auch politische Implikationen aufgezeigt.

*Kai Eicker-Wolf und Achim Truger* widmen sich in ihrem Aufsatz dem Beitrag der Finanz- und Steuerpolitik zur Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland. Dabei geht es um weit mehr als steuerpolitische Detailfragen wie etwa der Höhe des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer. Vielmehr werden auch Fragen nach einer makroökonomisch rationalen Finanzpolitik sowie nach der ausreichenden öffentlichen Bereitstellung von Infrastruktur und Bildungsdienstleistungen als Grundvoraussetzung für Chancengleichheit aufgeworfen. Hinsichtlich der Steuer- und Abgabenpolitik wird der seit Ende der 1990er Jahre rückläufige und nur noch gering ausgeprägte Progressionsgrad des Steuer- und Sozialabgabensystems thematisiert, bevor dann einige finanzpolitische Schlussfolgerungen gezogen werden.

Der Sammelband wird abgerundet durch einen Text von *Diether Döring*, der sich Stand und Perspektiven der Alterssicherung in Deutschland widmet. Bei den altersbedingt nicht mehr erwerbstätigen, so Döring, zeichnet sich aufgrund der Rentenreformen seit der Jahrtausendwende eine besorgniserregende Entwicklung ab. Das deutsche System der Altersvorsorge droht hinsichtlich des Versorgungsniveaus gerade niedriger Einkommensbezieherinnen und -bezieher deutlich hinter die Systeme anderer Industrieländer zurückzufallen. Als zentral dafür erweisen sich die weitgehend fehlende Mindestsicherungsmechanismen einerseits und die fehlende Verbindlichkeit der Zusatzsicherung andererseits.

### *Literatur*

Beznoska, Martin/Henger, Ralph/Hentze, Tobias/Klös, Hans-Peter/Lesch, Hagen/Niehues, Judith/Pimpertz, Jochen/Plünnecke, Axel/Schäfer, Holger/Schmidt, Jörg/Schröder, Christoph/Voigtländer, Michael/Werner, Dirk (2016): Faktencheck Gerechtigkeit und Verteilung: eine empirische Überprüfung wichtiger Stereotype, IW-Report 29/2016, Köln: Institut der Deutschen Wirtschaft.

- Dabla-Norris, Era/Kochhar, Kalpana/Suphaphiphat, Nujin/Ricka, Frantisek/Tsounta, Evridiki (2015): Causes and Consequences of Income Inequality: A Global Perspective, in: IMF Staff Discussion Note 15/13, Washington, D.C.
- Gammerlin, Cerstin/Hagelüken, Alexander (2017): Neoliberal war einmal, in: Süddeutsche Zeitung vom 11.04.2017.
- OECD (2015): In It Together: Why Less Inequality Benefits All, Paris.
- Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München.
- Plickert, Philip (2015): „Ungleichheit ist ein gehyptes Problem“, in: Wirtschaftsblog der FAZ vom 10. September 2015, <http://blogs.faz.net/fazit/2015/09/10/ungleichheit-ist-ein-gehyptes-problem-6502/> (abgerufen am 21.04.2017 um 18.28 Uhr).
- SVR [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung] (2015): Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt, Jahresgutachten 2015/2016, Wiesbaden.
- SVR (2016): Zeit für Reformen, Jahresgutachten 2016/2017, Wiesbaden.



# Zur Relativierung der Ungleichheit in Deutschland: Foren, Akteure, Mechanismen

*Julian Bank*

## *1. Einführung*

Es wird viel über Ungleichheit geredet in der deutschen Öffentlichkeit. Bereits 2013 war die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen ein zentrales Thema im Bundestagswahlkampf. Neben der Linkspartei thematisierten auch SPD und Bündnis 90 / Die Grünen Verteilungsfragen offensiv, während arbeitgebernahe Akteure wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) eine massive Gegenkampagne organisierten (Speth 2013; IW Köln 2014: 19-21). Nachdem jedoch sowohl SPD als auch Grüne im Wahlergebnis hinter den Erwartungen zurückgeblieben waren, setzte insbesondere bei den Grünen geradezu eine Selbstkasteiung ob des eigenen Gerechtigkeitswahlkampfes ein. Offenbar waren die Parteien in der Öffentlichkeit zum Zeitpunkt des Wahlkampfes 2013 an Grenzen gerade in der steuerpolitischen Debatte gestoßen, die zu verschieben sie nun zunächst nicht weiter wagten<sup>1</sup> – und das trotz vorangegangener Finanz-

<sup>1</sup> Ulrich Schulte schreibt in der taz von einer Betonwand, gegen die die Grünen wohl nicht bei einer weiteren Bundestagswahl laufen wollten (Schulte 2016). Es bleiben jedoch bislang unbeantwortete Fragen, ob diese Grenze eine reale oder nur gefühlte Grenze darstellt, ob die Wahlergebnisse tatsächlich aufgrund der steuerpolitischen Programmatik hinter den Erwartungen zurückblieben, und ob dies für beide Parteien SPD und Bündnis 90 / Die Grünen gleichermaßen gilt. So bleibt nicht zuletzt offen, ob nicht andere Faktoren in der öffentlichen Debatte (Kanzlerkandidat der SPD, Pädophilie- und Veggie-Day-Debatten bei den Grünen) eher zur

und Eurokrise samt ihrer verteilungspolitischen Brisanz auch in Deutschland, etwa was die Beteiligung der Steuerzahler\_innen an den Kosten der Krise betrifft.

Dennoch blieb das Verteilungsthema in der öffentlichen Diskussion. Mit dem globalen Bestseller „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ sorgte der französische Ökonom und Ungleichheitsforscher Thomas Piketty (2014) für Aufsehen und löste auch hierzulande rege Debatten zum Thema Einkommens- und Vermögensungleichheit aus. Im Jahre 2016 erschien in Deutschland mit dem Buch „Ungleichheit. Was wir dagegen tun können“, verfasst von dem mittlerweile verstorbenen britischen Verteilungsforscher Anthony Atkinson (2015), ein weiterer Meilenstein der ökonomischen Ungleichheitsforschung. Angesichts der starken Ungleichheitszunahme in den meisten Industrieländern seit den 1980er Jahren formulierten beide Forscher – wenn auch mit recht unterschiedlichen Ausrichtungen – sehr weitgehende Programme für eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen (Piketty 2015).

Zudem sorgen regelmäßige „Wasserstandsmeldungen“ zur Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland aus Studien mit unterschiedlichen Datenquellen für ein kontinuierliches Grundrauschen an Aufmerksamkeit für Verteilungsfragen.<sup>2</sup> Darüber hinaus setzte sich auch international die weite Beachtung des Themas fort. Selbst früher als „neoliberal“ kritisierte Institutionen wie der IWF oder die OECD veröffentlichten Studien, die nicht nur einen Anstieg der Ungleichheit bescheinigten, sondern die auch argumentierten, dass dies zunehmend zum Wachstumshemmnis werde (Dabla-Norris u.a 2015; OECD 2015). Und sogar das Weltwirtschaftsforum in Davos, das einstmals den Anlass für die zivilgesellschaftliche Gegenveranstaltung des Weltsozialforums gab und sinnbildlich für die wirtschaftsliberale Aus-

Erklärung des Wahlergebnisses beitragen. Kaum zu bestreiten jedoch ist der öffentliche Gegenwind, den beide Parteien hinsichtlich ihrer steuerpolitischen und allgemeiner ihrer verteilungspolitischen Programmatik bekamen, auch weit in typischerweise links-liberal ausgerichteten Medien, wie etwa DIE ZEIT oder DER SPIEGEL.

<sup>2</sup> Neben aktuellen Zahlen des Sozioökonomischen Panels und des statistischen Bundesamts werden beispielsweise regelmäßig Vermögensdaten der Bundesbank, oder auch von Wirtschaftsberatungsgesellschaften wie der BCG veröffentlicht, sowie regelmäßige Berichte zur Lage der Armut, zum Beispiel vom Paritätischen Wohlfahrtsverband.

richtung der Weltwirtschaftsordnung steht, thematisiert Ungleichheit mittlerweile jährlich als zentrales Gesellschaftsproblem (vgl. bspw. World Economic Forum 2014). Aus diesen Veröffentlichungen könnte man beinahe den Eindruck gewinnen, das Modell der westlichen neoliberalen Wirtschaftsordnung stehe im Begriff, an seine „Ungleichheitsgrenzen“ zu stoßen.

Dennoch ist völlig offen, ob Politikprogramme zur Umverteilung, wie sie von Ökonominnen und Ökonomen wie Piketty oder Atkinson vorgeschlagen werden, in Deutschland tatsächlich Aussicht auf Umsetzung hätten, selbst wenn eine Regierung aus dem progressiven Lager zustande käme, von der am ehesten eine solchen Politik zu erwarten wäre. Denn obwohl das Thema Ungleichheit in der medialen Öffentlichkeit durchaus stark präsent ist, so gibt es in Deutschland doch Anlass, skeptisch zu sein. Gemessen an der gemeinhin zugeschriebenen Relevanz und den weitreichenden Politikforderungen, die in der internationalen Fachdebatte mittlerweile Standard sind, wird das Thema in Deutschland in wichtigen Foren der wirtschaftspolitischen Debatte nicht hinreichend kontrovers diskutiert.

Dieser Beitrag verschafft einen Einblick in die deutsche wirtschaftspolitische Ungleichheitsdebatte – also die analytische Auseinandersetzung mit dem Thema ökonomischer Ungleichheit über das Verbreiten von „Wasserstandsmeldungen“ hinaus. Dabei liegt der Fokus auf der klar feststellbaren weit verbreiteten Leugnung oder Relativierung des Ungleichheitsproblems, oder zumindest der Zurückweisung von umverteilenden Politikmaßnahmen. Dazu wird zunächst in Abschnitt 2 anhand wichtiger Akteure und Foren der Debatte aufgezeigt, inwieweit das Thema Ungleichheit trotz klarer empirischer Befunde „klein geredet“ und ihm die politische Relevanz abgesprochen wird. Dabei geht es nicht darum auszuloten, welchen Anteil diese Stoßrichtung an der „gesamten“ wirtschaftspolitischen Debatte hat, sondern darum, die ungleichheitsrelativierende Sichtweise und deren Vorkommen sichtbar zu machen. Ausgehend von dieser exemplarischen Darstellung von Anti-Umverteilungsrhetorik werden in Abschnitt 3 verschiedene Mechanismen und Argumentationsmuster der öffentlichen Auseinandersetzung aufgezeigt, die dieser Stoßrichtung der Debatte typischerweise zugrunde liegen. Abschließend werden in Abschnitt 4 Perspektiven und Chancen, aber auch strukturelle Hindernisse, diskutiert, der verzerrten Diskussion zum Thema Ungleichheit beizukommen.

## 2. Akteure und Foren der Ungleichheitsrelativierung

Im Folgenden werden unterschiedliche Foren und Akteure der Ungleichheitsrelativierung in der breiten wirtschaftspolitischen Debatte in Deutschland beispielhaft diskutiert. Als wichtiges Forum dieser Debatte wird erstens die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (und Sonntagszeitung) betrachtet. Es folgt eine Diskussion der Denkfabrik IW Köln und der PR-Kampagne INSM, die relativ klare Interessenakteure in der Ungleichheitsdebatte darstellen. Ferner berücksichtigt werden die jüngsten Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung (SVR), der so genannten fünf Wirtschaftsweisen der Bundesregierung, welcher prinzipiell als wissenschaftlicher Akteur ökonomischer Politikberatung zu sehen ist. Die Betrachtung bezieht also sowohl eindeutige Interessenakteure ein, als auch Akteure und Foren, die grundsätzlich einen gewissen Kontroversitäts- und Unabhängigkeitsanspruch haben. Mit der Auswahl wird natürlich kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben.<sup>3</sup> Es geht lediglich darum, einzelne Akteure unterschiedlicher Ebenen und Sphären der Debatte beispielhaft zu diskutieren und gerade für Deutschland typische Mechanismen der Ungleichheitsrelativierung herauszuarbeiten.

### 2.1 *Frankfurter Allgemeine Zeitung und Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*

Ein wichtiges Medium der wirtschaftspolitischen Debatte und speziell der Ungleichheitsdebatte ist die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) und deren Ausgründung der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* (FAS). Dabei sind die Zeitungen Forum und Akteur der Debatte zugleich. Denn insbesondere die FAZ fungiert als Leitmedium und nationale

<sup>3</sup> Wichtige andere Akteure aus Medien, Denkfabriken und wissenschaftlicher Politikberatung bleiben in der Betrachtung außen vor. Als solche können beispielsweise – bei allen Unterschieden, die herauszuarbeiten wären – gezählt werden: Die WirtschaftsWoche, die schweizerische NZZ oder auch der Wirtschaftsteil der Süddeutschen Zeitung als Ergänzungen zur FAZ; die Stiftung Marktwirtschaft, die Ludwig-Erhard-Stiftung, die Stiftung Familienunternehmen oder auch der Bund der Steuerzahler als Ergänzungen zu IW Köln und INSM; der wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums als Ergänzung zum SVR.

Chronik (im englischsprachigen Raum häufig als „Paper of Record“ bezeichnet). Dies spiegelt sich nicht nur in ihrem journalistischen Stil und Themenspektrum, sowie in ihrem Untertitel „Zeitung für Deutschland“, sondern auch in Auflage (nach der Süddeutschen Zeitung die höchste Auflage einer täglich erscheinenden überregionalen Qualitätszeitung, vgl. ALM 2015: 201) und in Rezeption unter Multiplikator\_innen und Entscheidungsträger\_innen (Jandura/Brosius 2011: 195f.) wider. Gerade in wirtschaftspolitischer Hinsicht hat sich die FAZ<sup>4</sup> innerhalb der überregionalen Qualitätszeitungen ein besonderes Schwerpunktprofil erarbeitet. Sie bringt unter anderem wöchentlich Rezensionen von Wirtschaftsbüchern sowie eine Themenseite zu wirtschaftspolitischen Fragen („Ordnung der Wirtschaft“), und ihre Wirtschaftsredakteur\_innen berichten gezielt auch über die akademisch geprägten, wirtschaftspolitischen Debatten in der Volkswirtschaftslehre. Auch führt die FAZ ein eigenes Blog zu Wirtschaftsthemen.<sup>5</sup> Andererseits steht die FAZ in einer wirtschaftsliberalen<sup>6</sup> Tradition (vgl. Kutzner 2016) und ist somit nicht nur Forum, sondern auch Akteur in der Debatte.

Das Thema Ungleichheit ist in der FAZ spätestens seit der Debatte um Thomas Piketty im Jahr 2014 verstärkt präsent.<sup>7</sup> Im Jahr 2016 startete die FAZ sogar eine Serie zum Thema Ungleichheit, mit dem Ziel, „kontroverse Standpunkte“ zu präsentieren und eine „seriöse Debatte über Ungleichheit und Gerechtigkeit anzuzetteln“, wie es im Editorial heißt (FAS

<sup>4</sup> Wenn nicht gesondert ausgewiesen meint FAZ hier beide Zeitungen, FAZ und FAS.

<sup>5</sup> [blogs.faz.net/fazit](https://blogs.faz.net/fazit)

<sup>6</sup> Aus wirtschaftsliberaler Sicht wird ökonomische Ungleichheit zwar typischerweise nicht als Ziel betrachtet, sie wird jedoch zumindest als Mittel oder Nebeneffekt wohlwollend in Kauf genommen. Vor allem aber: Eine „interventionistische Umverteilungspolitik“ oder zumindest deren Ausbau, ist aus einer wirtschaftsliberalen Sicht wenig erwünscht. Dies, so wird üblicherweise argumentiert, untergrabe den Wettbewerb als „Entdeckungsverfahren“ und Motor für eine effiziente Allokation der knappen Ressourcen in einer Ökonomie (Hayek 1969: 258ff.). In der radikalsten Form wird die Idee der sozialen Gerechtigkeit an sich komplett delegitimiert (Hayek 1981).

<sup>7</sup> Eine Auswertung der Suchergebnisse im Verlagsarchiv zeigt eine Zunahme des Begriffs „Ungleichheit“ im Titelbereich von Artikeln um mehr als das Siebenfache zwischen 2011 und 2016, und immerhin um das Zwei- bis Vierfache zwischen 2011 und 2014 bzw. 2015.

2016). Allerdings gab sie im selbigen Editorial gleich zu verstehen, wie dabei die eigene redaktionelle Linie verlaufe:

„Die Sache mit der Ungleichheit ist kompliziert. (...) Wer mit dem Zeitgeist heult, wonach die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht, die Welt also immer ungerechter, weil immer ungleicher werde, hat wenig verstanden, bekommt aber hohe Aufmerksamkeit.“ (FAS 2016)

Und in einem der Auftakt-Gastbeiträge kamen zwei Mitglieder des SVR, Lars Feld und Christoph M. Schmidt, zu Wort. Überschrift:

„Weder Armut noch Einkommensungleichheit nehmen hierzulande zu. Auch die Vermögensungleichheit wird gnadenlos überschätzt. Höchste Zeit ein paar Mythen zu zertrümmern [sic!].“ (Feld/Schmidt 2016)

Nun war die Serie insgesamt durchaus pluralistisch ausgestaltet. Eine Auswertung der Gastbeiträge zwischen März und Oktober 2016 zeigt, dass sowohl die Ungleichheit problematisierende, als auch sie relativierende Beiträge erschienen – mit kontroverser Ausrichtung hinsichtlich wirtschaftspolitischer Positionen. Dennoch hatten die Berichte eigener Redakteur\_innen insgesamt eine ungleichheitsrelativierende Ausrichtung und standen einer umverteilenden Politik kritisch gegenüber (Bank 2017).

Insbesondere der Ressortchef Wirtschaft der Sonntagszeitung, Rainer Hank, machte sich hier mit einer Reihe von Artikeln bemerkbar, in denen er seine ungleichheitsrelativierende und umverteilungskritische Haltung mithilfe von Argumenten aus Philosophie, Sozialpsychologie und Steuertheorie zu untermauern sucht. Dabei scheut Hank nicht die rhetorische Zuspitzung bis hin zur Diffamierung derjenigen, die sich um Ungleichheit sorgen. Letztere bezeichnet er als „Freunde der sich öffnenden Ungleichheitsschere“ (Hank 2016). An anderer Stelle schreibt er in dem Artikel von der „Aggression von Occupy, Blockupy und Co“ und zählt im selben Satz Thomas Piketty und dessen Forderung nach Besteuerung der Superreichen auf. „Gern herum gereichte Studien“ zur wachstumshemmenden Wirkung der Ungleichheit seien „mit Vorsicht zu genießen“. Dagegen schließt Hank selbigen Artikel mit der wahrlich nicht differenzierten These:

„Wer Ungleichheit abschaffen wollte, müsste auf den Fortschritt verzichten. So war das in der DDR (und selbst dort wurden nicht alle Ungleichheiten planiert)“ (ebd.).

Schon 2015 diffamierte Hank egalitaristische Positionen mit einem fragwürdigen Suggestivargument. Hank verwies dabei auf den Philosophen Harry G. Frankfurt, der als „humanitärer Antiegalitarist“ argumentiere, materielle Gleichheit sei kein an sich wichtiger Wert. Weil sich Frankfurt zugleich zu früherer Zeit prominent mit philosophischem „Bullshit“ beschäftigt hätte, zieht Hank Frankfurt einfach als Kronzeugen für sein eigenes antiegalitaristisches Programm heran:

„Weil unscharfes Salbadern diesen Denker nervös zu machen pflegt, widmete er eines seiner bekanntesten Bücher dem Thema „Bullshit“. Vieles, was die Gebildeten heute über Gleichheit daher quasseln, würde Frankfurt gewiss auch Bullshit oder Humbug nennen.“ (Hank 2015).

Da passt nur nicht ins Bild, dass ein weiterer renommierter analytischer Philosoph, G. A. Cohen, in Anlehnung an Frankfurt einen ebenfalls berühmten Essay zur Kritik an Bullshit-Philosophie verfasst hat („Deeper into Bullshit“, Cohen 2013). Allerdings ist Cohen radikaler Egalitarist, eine Position, die er mit einer philosophischen Brillanz vertritt, die als Salbadern zu bezeichnen ziemlich absurd erscheinen würde (vgl. Cohen 1989). Und das weiß Hank auch, denn er selbst übersetzte einen Essay Cohens ins Deutsche („Why not Socialism?“) und lobte Cohen als brillanten „Non-Bullshit Marxisten“ (Hank 2009). Hanks Versuch, einen Antiegalitaristen, der Bullshit kritisiert, als Kronzeugen heranzuziehen, um Egalitaristen als Bullshitter zu diffamieren ist selbst nicht gerade das schärfste Argument, das in der FAS je abgedruckt wurde – genauso wenig wie Cohens analytische Brillanz umgekehrt ein Beleg dafür wäre, dass alle wirtschaftsliberalen Positionen in der FAS Bullshit wären.

Nun ist Rainer Hank nicht irgendwer in der Frankfurter Allgemeinen. Als Ressortleiter Wirtschaft der Sonntagszeitung prägt er die wirtschaftspolitische Agenda maßgeblich mit und kann vermutlich mit seinem exzellenten Themengespür und seinen rhetorischen Fähigkeiten als wichtiger aktueller ideologischer Vordenker im Hause der FAZ betrachtet werden. Deutlich wird dies an einem auf FAZ.net veröffentlichten Briefwechsel zwischen dem Online-Redakteur Patrick Bernau, der auch regel-

mäßig zu Ungleichheitsthemen schreibt, und dem Ungleichheitsreferenten der NGO Oxfam, Jörg Nowak. Bernau hatte in einer Kolumne der FAZ gegen eine Ungleichheitsstudie von Oxfam polemisiert (Bernau 2016a), dabei jedoch Einkommens- und Vermögensungleichheit einfach durcheinander geworfen. Das Hin- und Her zwischen Bernau und Nowak endet mit Bernaus Hinweis:

„Mein Kollege Rainer Hank allerdings beschreibt die Ungleichheit zum Glück viel differenzierter, als Sie das jetzt sagen. Mit ihm bin ich mir vollkommen einig. Lesen Sie doch noch mal nach!“ (Bernau/Nowak 2016).

Patrick Bernau hat sich auch in der Piketty-Berichterstattung der FAZ mehrmals durch Artikel hervorgetan, die dazu beitragen, den französischen Ökonomen und sein Werk zu delegitimieren. „Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer. Was für ein Unsinn.“ lautet der Untertitel eines Meinungsbeitrags auf der FAZ-Titelseite, in dem er Kritik an Piketty rezipiert und nebenher unter anderem den Paritätischen Wohlfahrtsverband als „Wohlfahrtsindustrie“ herabwürdigt (Bernau 2016b). Bernau wiederholt in dem Beitrag die These (Bernau 2015), Piketty habe seine Position hinsichtlich der Bedeutung des Verhältnisses zwischen Kapitalrendite und gesamtwirtschaftlicher Wachstumsrate (bekannt als „ $r > g$ “) „längst relativiert“ (Bernau 2016b), obwohl Bernau selbst diese Behauptung nicht schlüssig belegen kann und Piketty dem explizit widerspricht („There’s nothing I can do for people who don’t read!“, vgl. Bank 2015b).

Generell hat sich die FAZ in ihrer Piketty-Berichterstattung nicht mit Ruhm bekleckert. Niemand, auch Piketty selbst nicht, behauptet, das Werk sei fehlerfrei und gefeit vor jeglicher Kritik. Stoßrichtung und Gestus der Piketty-Berichterstattung in der FAZ<sup>8</sup> jedoch, mit denen der Autor und dessen Werk behandelt wurden, verrieten mehr über die Zeitung und ihre Agenda denn über Piketty, wobei die FAZ damit in Deutschland nicht allein steht (Bank 2015a; Schinke 2015). Bald nach Erscheinen der englischsprachigen Fassung von Pikettys Buch druckte die Wirtschaftsredaktion der FAZ eine Sammlung von Verrissen durch

<sup>8</sup> Mit Ausnahme eines wohlwollenden Portraits im Feuilleton von Nils Minkmar (2014) (mittlerweile bei DER SPIEGEL) und einer frühen fairen Besprechung von Gerald Braunberger (2014).

sechs Ökonomen ab – ohne auch nur einer wertschätzenden Kritik Raum zu geben (FAZ 2014a). Dies ist umso erstaunlicher als Piketty, obwohl er noch relativ jung ist, auch jenseits seiner beeindruckenden Forschungsleistung in der Ungleichheitsökonomik, bereits vielfach in zahlreichen renommierten Journals publiziert hat und somit auch auf der Klaviatur der in der FAZ hochgeschätzten Mainstream-Ökonomik bewandert ist. Angesichts dessen mutet eine solch harsche Behandlung ungewöhnlich an und lässt sich – wenn man Neid als zu banale Erklärung ausschließt – kaum anders als ideologisch motiviert erklären.

In einem Bericht über die in der britischen Financial Times vorgebrachte Kritik an Pikettys Datengrundlage druckt die FAS ein Foto Pikettys, auf dem dieser sich die Haare rauft, unter dem Titel „Piketty und die verdammten Zahlen“ (Petersdorff 2014). Dass diese Kritik später relativiert werden musste und letztlich auf einer fragwürdigen eigenen Datengrundlage des verantwortlichen FT-Journalisten fußte, wurde nicht berichtet. Ähnlich wie bei der FT selbst kam auch bei der FAZ das vom US-Ökonomen Justin Wolfers auf eine Twitter-Formel gebrachte Prinzip zur Wirkung: „Accusation: Front page, Concession: Blog entry, Mea Culpa: Absent.“<sup>9</sup> Es bleibt ein „fog of doubt“ (Krugman 2014) – der Makel bleibt üblicherweise haften.

Völlig skurril wirkt vor diesem Hintergrund die kleine FAZ-Meldung einer jährlichen Medienauszählung unter dem Titel: „Deutsche Medien mögen Thomas Piketty“ (FAZ 2014b) – weil Piketty häufig zitiert worden ist. Was hier unterschlagen wird, ist, wie und in welchem Kontext sein Name zitiert wurde. Doch passt genau diese Darstellung in ein Muster, das sich durch Berichte der FAZ zu ziehen scheint: Es wird die Wahrnehmung verbreitet, man arbeite als kleines gallisches Dorf der differenzierten, sachlichen Betrachtung von Ungleichheit in einem Reich der Ungleichheitsdramatisierung und umverteilungsbegeisterten Öffentlichkeit. Bernau schreibt in seinem oben erwähnten Leitartikel auf der FAZ-Titelseite:

„Viele Bürger trauen den gebeugten Statistiken, sie hören ja so oft von der aufgehenden Schere. Die Wirkungen sind fatal. Mit ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage sind die Deutschen zwar so zufrieden wie selten. Aber für die Zukunft des Landes sehen sie schwarz.“ (Bernau 2016b)

<sup>9</sup> <https://twitter.com/justinwolfers/status/472359828514676737>

Rainer Hank schreibt, die „Zofe des Fortschritts“ – damit meint er die Ungleichheit – sei „inzwischen ganz schön machtbewusst. Und sehr präsent.“ (Hank 2016). Und die FAZ-Redakteure behaupten, wie in oben zitiertem Editorial gesehen, man bekomme viel Aufmerksamkeit, wenn man mit dem Zeitgeist heule, aber man habe eben wenig verstanden. Weiter schreiben sie:

„Die Empörung nach solchen Meldungen [hier von der NGO Oxfam zur ausgeprägten globalen Vermögensungleichheit] funktioniert derart reflexartig, dass kaum mehr einer nüchtern die Grundsatzfrage zu stellen wagt, was an der Ungleichheit moralisch verwerflich sein soll.“ (FAS 2016).

Somit zeigt sich insgesamt ein geradezu paradoxes Bild: Einerseits findet – abgesehen von Ansätzen der Pluralität bei den Gastbeiträgen in der Ungleichheitsserie – eine vehemente Ungleichheitsrelativierung in der FAZ statt. Andererseits wird die öffentliche Debatte zu dem Thema so dargestellt, als agiere die FAZ in einem ungleichheitsdramatisierenden Umfeld, in dem „reflexartige Empörung“ die Grundfeste der Meinungsfreiheit untergrabe – weil kaum mehr einer wagen könne, bestimmte Argumente vorzubringen. Dabei stellt es ein gewisses Missverhältnis dar, wenn ein Leitmedium wie die FAZ geprägt ist von einseitiger rhetorischer Zuspitzung bis hin zur Diffamierung derjenigen, die Ungleichheit problematisieren, und man hier zugleich regelmäßig ein ausgeprägtes Lamento anstimmt über die meinungsunterdrückenden Empörungsreflexe und angebliche Mythenbildung in der Öffentlichkeit. Auf diese Weise wird der vorgegebene Anspruch einer sachlichen und nüchternen Berichterstattung zu dem Thema jedenfalls nicht gerade untermauert.

## 2.2 *IW Köln und INSM*

Das IW Köln ist nach eigenen Angaben ein „privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt“ (IW Köln 2017a), wobei es über eine Reihe von Tochterunternehmen eine starke Ausrichtung auf Öffentlichkeitsarbeit, Beratung u.a. von Verbänden und Ministerien und den – gesellschaftlich hoch umstrittenen<sup>10</sup> – Bereich kostenloser Unterrichtsmaterialien vor-

<sup>10</sup> Vgl. Zoske (2015).

weist (IW Köln 2017b). Die INSM ist nach eigenen Angaben eine von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanzierte „Organisation, die sich für fairen Wettbewerb, unternehmerische Freiheit, sozialen Ausgleich, Chancengerechtigkeit und eine verantwortungsvolle, generationengerechte Politik einsetzt“ (INSM 2017). Während beide Akteure in der Öffentlichkeit voneinander getrennt auftreten und entlang des Spektrums von Denkfabrik bis hin zur Kampagnenorganisation unterschiedliche Rollen einnehmen, bestehen enge Verflechtungen zwischen den beiden Akteuren.<sup>11</sup> Und bei beiden, IW Köln und INSM, lässt sich deutlich erkennen, wie zwei stärker interessengeprägte Akteure bemüht sind, der Ungleichheitsdebatte in Deutschland das Wasser abzugraben oder, wenn dies schon nicht möglich ist, sie in ihrem Sinne umzulenken.

Offensichtlich wurde dies im Vorlauf zur Bundestagswahl 2013. Das IW Köln etwa brachte in ausgefeilter Aufmachung eine Website ins Netz, die über Ungleichheitsthemen informiert ([www.arm-und-reich.de](http://www.arm-und-reich.de)). In der Tat finden sich anschauliche Grafiken und Erklärungen und eine übersichtliche, intermedial aufbereitete Struktur. Allerdings sind die Inhalte keineswegs wertneutral ausgerichtet, wie unbedarfte Nutzer annehmen könnten. Auf mal mehr und mal weniger subtile Weise wird hier suggeriert, dass das Thema Verteilung zwar wichtig sei, die „Soziale Markt-

<sup>11</sup> Die Verflechtungen zwischen IW Köln und INSM sind nicht auf Anhieb offen ersichtlich. In der Online-Selbstdarstellung der INSM findet sich die Angabe, die INSM werde vom IW Köln „wissenschaftlich begleitet“ (INSM 2017). In den Geschäftsberichten des IW Köln wird die INSM regelmäßig als Auftraggeberin für Studien genannt (vgl. bspw. IW Köln 2014). Im Bereich kostenloser Schulmaterialien gab es in der Vergangenheit eine enge Zusammenarbeit der INSM mit einem Tochterunternehmen des IW Köln, welche auf der Selbstdarstellung der betreffenden Website erwähnt wird (Wirtschaft und Schule 2017). Gemäß dem aktuellsten Eintrag zur INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH im Bundesanzeiger reicht die Verflechtung jedoch auch darüber hinaus: Demnach war die IW Köln Medien GmbH, eine der Tochtergesellschaften des IW Köln, zumindest bis einschließlich des Geschäftsjahrs 2015 die Alleingesellschafterin der INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH (Bundesanzeiger 2017). Da auch aktuell laufende Stellenausschreibungen für die INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschafts GmbH über die interne Stellenplattform des IW Köln veröffentlicht sind (IW Köln 2017c), ist davon auszugehen, dass dieses Eigentumsverhältnis weiterhin besteht. INSM und das Berliner Büro des IW Köln sind in Berlin unter derselben Adresse zu erreichen.